

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 32

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“.

Halver

Samstag, den 7. Februar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

1925

Heute die Beilage: „Herd und Scholle“.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der erneut zum preussischen Ministerpräsidenten gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Braun hat die Wahl und damit die Bildung des Kabinetts abgelehnt.

* Dem Reichstag soll das neue Aufwertungsgezet in drei Wochen zugehen.

* Der Aufwertungsantrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der Notverordnung vom 24. Dezember 1924 wurde im Reichstagsausschuß abgelehnt.

* In der Danziger Briefkastenaffäre hat der Völkerbundkommissar den Standpunkt Danzigs als berechtigt erklärt. Polen erhob gegen die Entscheidung Protest.

* Im amerikanischen Senat unternahm Johnson einen scharfen Vorstoß gegen das Pariser Finanzabkommen.

Pflicht zur Sparsamkeit.

Der Reichsfinanzminister Dr. v. Schlieffen mahnte in der Berliner Konferenz der Finanzminister der Länder dringlichst zur Sparsamkeit. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, namentlich angesichts der Tatsache, daß Hunderttausende von Beamten und Angestellten dieser bisher selbstverständlichen Sparsamkeit zum Opfer gefallen sind, doch was noch viel selbstverständlicher ist: das Reich steht vor geradezu ungeheuren finanziellen Verpflichtungen, die aus dem Londoner Pakt hervorgehen —, und daß, um sie zu erfüllen, gespart, gespart und nochmals gespart werden muß, leuchtet ohne weiteres ein.

Vielfach ist in letzter Zeit darüber geklagt worden, daß weniger die Länder als vor allem die Kommunen diese Selbstverständlichkeit nicht im notwendigen Maße beachten, sondern zu Ausgaben schreiten, die man zweifellos wohl als notwendig, aber nicht als dringend notwendig bezeichnen kann. Doch nur diese letzteren, die dringend notwendigen Ausgaben dürfen wir uns noch gestatten.

Die Konferenz der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister hatte vor allem den Zweck gehabt, über den künftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Kommunen endgültige Klarheit zu schaffen, damit jetzt, wo das Reich zum ersten Male wieder über einen klaren Etat verfügt, auch die Länder ihren Haushalt auf sicheren Grundlagen aufbauen können. Schlieffen hatte darauf hingewiesen, daß der Schuldendienst der Länder und Gemeinden infolge der Inflationswirkung so gut wie aufgehört, aber trotzdem ihre Haushalte eine 40- bis 50%ige Erhöhung im Vergleich zu 1914 erfahren haben. Wisher lag die Sache so, daß von den beiden wichtigsten Einnahmen des Reiches, nämlich der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer dort 90%, hier 20% vom Reich abgeführt wurden. Nun hatte der Reichsfinanzminister die Länder bzw. die Kommunen auf den alten Weg des Zuschlages zur Einkommensteuer verwiesen, doch darauf ist eine Entschliebung der Finanzminister nicht eingegangen, vielmehr betont sie, daß der bisherige Finanzausgleich einseitig zugunsten des Reiches und zuungunsten der Länder ausgefallen sei; der künftige bringe eine weitere untragbare finanzielle Verschlechterung für Länder und Gemeinden. Einstimmig verlangen diese jetzt grundsätzlich die Rückgabe der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer sowie der Steuer vom Kapitalertrag an die Länder, wobei das Reich nur 4% des Aufkommens als Deduktion für die Erhebungskosten erhalten soll. Eine Reihe von Ländern verlangt nun aber auch, daß die Finanzverwaltung wieder in ihre Hände zurückgegeben wird, und zwar soweit sie die Erhebung der vorgenannten Steuern betrifft. Diese Verkürzung des Reiches auf 4% soll bereits ab 1. April 1925 eintreten. Die Übergangsregelung für die Rückübertragung der Steuern soll Aufgabe des Reiches für das Rechnungsjahr 1925 sein. Von vorherrein hat der Reichsfinanzminister erklärt, daß an die Rückgabe der Einkommen- und Körperschaftsteuer an die Länder in absehbarer Zeit nicht gedacht werden könne.

Die Länder hatten aber auch verlangt, daß eine Erhöhung ihres Anteils an der Umsatzsteuer über die 20% hinaus erfolgen solle, die ihnen bisher zustanden. Und schließlich noch verlangen sie die Rückstattung der Kosten für die Schutzpolizei in der bisherigen Höhe.

Eine derartige Rückentwicklung unseres Steuersystems auf den Standpunkt von 1919, der bekanntlich damals zugunsten einer immer schärferen Zentralisierung des deutschen Steuersystems zugunsten des Reiches aufgegeben worden ist, wird naturgemäß stark beeinflusst durch den Willen der Länder, ganz allgemein politisch eine größere Selbstständigkeit zu haben. Eine derartige Selbstständigkeit hat naturgemäß als erste und wichtigste Grundlage eine größere finanzielle Selbstständigkeit, ohne die ja ein wirklich politisches, kulturpolitisches, sozialpolitisches Leben der Länder nicht möglich wäre. Aber auf der anderen Seite würden wir zu jedem Zustand zurückkommen, der dem Reich die Stellung eines „Kostgängers der Länder“ zuschiebt. Ob das unter den jetzt ganz veränderten Umständen möglich sein kann, dürfte doch, wie schon oben angedeutet, sehr zweifelhaft erscheinen. Denn für sämtliche Reparationsverpflichtungen, die bekanntlich schon in den nächsten Jahren die Höhe von 2½ Milliarden erreichen und damit etwa 45% der jetzigen Staatshöhe darstellen, haftet das Reich völlerrechtlich, nicht die Länder oder Kommunen, die laut Versailler Vertrag erst in zweiter Linie herangezogen werden können. Man kann es ja nach mancher Richtung hin verstehen, wenn namentlich Länder wie Preußen und Bayern nach größerer finanzieller Selbstständigkeit streben im Hinblick darauf, daß sie ihre am stärksten fließende Steuerquelle, nämlich ihre Eisenbahnen, verloren haben. Ob das Verlangen der Länder nach Rückübertragung der Finanzverwaltung ein berechtigtes

Brauns Ablehnung.

Die preussische Kabinettsfrage.

Berlin, 5. Februar.

Ministerpräsident Braun hat heute nachmittag 12¼ Uhr dem Präsidenten des Preussischen Landtages folgendes Schreiben zugehen lassen. „Auf Ihre Mitteilung vom 30. v. Mts. über meine Wahl zum Ministerpräsidenten teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich die Wahl nicht annehme.“

Die Entschliebung Brauns, die schon einige Tage erwartet wurde, ist auf einen heute erfolgten Beschluß der Deutschen Volkspartei zurückzuführen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei trat heute um 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der der Fraktionsvorsitzende Dr. v. Campe Bericht über seine Unterredung mit dem wiedergewählten Ministerpräsidenten Braun erstattete. Die Fraktion beschloß einstimmig, dem Ministerpräsidenten Braun mitzuteilen, daß sie keine an Herrn v. Campe gerichtete Frage, ob die Fraktion ein Minderheitskabinet tolerieren, also einer solchen Regierung abwartend gegenübersehen wolle, verneint habe, auch einer Großen Koalition (mit Einschluß der Deutschen Volkspartei) nicht beitreten werde. Herrn Braun wurde sofort von diesem Beschlusse Mitteilung gemacht, worauf er das Ablehnungsschreiben an den Landtagspräsidenten sandte.

Ein Zentrumskandidat.

Während von einer Seite behauptet wird, das Zentrum halte nach dem Verzicht Brauns an der Kandidatur des rheinischen Landesheptmanns Dr. Horion für die preussische Ministerpräsidentenschaft fest, verlautet aus anderer Quelle, das Zentrum werde nicht Horion, sondern eine andere Persönlichkeit aus seinen Reihen vorschlagen, die nicht dem Landtage angehöre. Die Wahl des neuen Ministerpräsidenten, der angeblich nun ein Kabinet aus Zentrum und Demokratie bilden wolle mit Duldung durch die Sozialdemokratie und die Volkspartei, soll voraussichtlich am 10. Februar erfolgen.

ist, dürfte schon mehr zu überlegen sein, obwohl auch hier der Zwischenraum zwischen 1919 und 1925 eine radikale Umstellung der gesamten Verwaltung gebracht hat, so daß in gewisser Beziehung die vorzügliche Tradition der Finanzverwaltung der Länder doch schon in mancher Beziehung verlorengegangen ist und erst wieder aufgebaut werden müßte.

Aber auf eins hätten die Finanzminister der Länder in ihrer Entschliebung doch noch eingehen sollen, und das ist das erste, von dem Schlieffen ausgeht, nämlich die Pflicht der Sparsamkeit bis zum letzten. Ein Steuersystem, das ständiger Änderung unterliegt, wird leicht zu einer Gefahr, besonders für die produktive Wirtschaft, auf deren Erträge sie sich ja aufbaut. Verschwendungssucht, Systemlosigkeit, vor allem aber wirtschaftlich vernichtende Steuern zerstören die Grundlage, auf der sich der Staat überhaupt aufbaut und die ihm die Möglichkeit seines Wirtens erst bietet, nämlich die finanzielle Grundlage, die ja das A und das O jeder Tätigkeit ist.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wohnungs- und Mietsfragen.

Der Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats behandelte die Frage der Neuregelung der Wohnungs-wirtschaft. Der Ausschuß nahm eine Reihe von Leit-sätzen zur Wohnungswirtschaft an, in denen die Förderung der Bautätigkeit gefordert wird. Danach sollen die Neubauten auf die Dauer von etwa zehn Jahren von allen Steuern befreit werden. Neben der Aufwertung des Kapitals wird die baldige Wiederherstellung des Zinsendienstes für die aufgewerteten Hypotheken gefordert. Die Mieten sollen entsprechend der wirtschaftlichen Gesamtlage in absehbarer Zeit die Friedenshöhe erreichen.

Der Fall Kroner.

Der wegen Beleidigung der Magdeburger Richter im Ebert-Prozess zu 3000 Mark Geldstrafe vom Berliner Schöffengericht verurteilte Landgerichtsdirektor Kroner hat, wie man hört, auch ein Disziplinarverfahren gegen sich zu erwarten. Bei dieser Gelegenheit würde die ganze Sache wahrscheinlich nochmals aufgerollt. Vermutlich wird Kroner auch die zweite Instanz wegen des gegen ihn ergangenen Urteils anrufen.

Die Staatsanwaltschaft gegen Untersuchungsausschüsse.

In dem nunmehr auch zusammengetretenen Untersuchungsausschuß des Reichstages in der Barmat-Affäre wurde darauf hingewiesen, daß die Gerichtsbehörden Einwendungen hätten gegen die Untersuchungstätigkeit des Reichstagsausschusses, während noch eine gerichtliche Untersuchung schwebt. Untersuchungsrichter und Oberstaatsanwalt sollen der Ansicht sein, daß die Tagung des preussischen Landtagsausschusses bereits un-künftig auf den Gang der Untersuchung ein-

Wahltermin am 10. Februar.

(11. Sitzung.)

tt. Berlin, 5. Februar.

Die heutige Sitzung des Preussischen Landtages eröffnete Präsident Variels mit einem Nachruf für den verstorbenen deutschnationalen Abg. Dr. Regenborn, den die Abgeordneten stehend anhörten.

Darauf wird das Schreiben des Ministerpräsidenten Braun an den Präsidenten mitgeteilt, in dem Braun von der Nichtannahme seiner Wahl Kenntnis gibt. Die Wahl des Ministerpräsidenten ist vom Vorkenntnis für Dienstag, den 10. Februar, anberaumt. Daran soll sich anschließen die Wahl des Landtagspräsidenten.

Der jetzige Präsident Variels hat die Bestätigung noch nicht erhalten, die nach der Verfassung vier Wochen nach der ersten Wahl stattfinden hat. In einer Geschäftsordnungsdebatte legt Abg. Dr. Körner (Nationalsoz.) Verwahrung dagegen ein, daß die Wahl des Landtagspräsidenten verschleppt werden soll; sie müsse sofort erfolgen. Im übrigen macht der Umstand, daß der gegenwärtige Präsident einer Fraktion angehört, der von Barmat 50 000 Mark zugewendet worden sind (Lebh. Hört, hört! rechts), diesen unfähig, das Präsidentenamt weiter zu bekleiden. (Großer Lärm links, wachsende Unruhe.) Die weiteren Bemerkungen des Abgeordneten gehen in dem entstehenden Lärm verloren. Gegen die Änderung der Tagesordnung wird Widerspruch erhoben; damit ist das Verlangen der Nationalsozialisten erledigt.

Das Haus trat dann in die Tagesordnung ein. Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wird ein ständiger Ausschuß für die besetzten Gebiete eingesetzt.

Unterbrechung der Sitzung.

Das Haus setzt darauf die Aussprache über die Amnestie anträge fort.

Abg. Buch (Komm.) kritisiert mit aller Schärfe die vom Ausschuß empfohlene Ablehnung der Anträge der Kommunisten.

Als der Abg. Kuttner (Soz.) das Wort nehmen will, wird er mit großen Beschimpfungen durch die Kommunisten empfangen. Man ruft ihm „Arbeitermörder“ und vergleichendes. Vizepräsident Dr. Borch läutet andauernd die Glocke, um dem Redner das Wort zu verschaffen. Dem Abg. Kuttner ist es unmöglich, sich durchzusetzen. Als es dem Vizepräsidenten nicht gelingt, sich Ruhe zu verschaffen, hebt er die Sitzung auf eine Viertelstunde auf.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gehen die Amnestieanträge an den Rechtsausschuß und das Haus vertagt sich auf Freitag.

gewirkt habe. Nun soll dazu noch der Reichstagsausschuß treten. Bei der Debatte über die Sache erklärte der Vorsitzende, Abg. Saenger, es für bedauerlich, daß ein anderes Parlament hemmungslos in verführerischen großen und langen Sitzungen Beweiserhebungen vornehme und das Reichsparlament jetzt zurückstehen solle. — Der Reichstagsausschuß will sich in den nächsten Tagen darüber schlüssig werden, ob den Einwendungen der Staatsanwaltschaft Folge zu leisten ist.

Großbritannien.

× Das englische Industrieschutzgesetz. In der letzten Sitzung des englischen Kabinetts kam die im ganzen Lande viel erörterte Regierungserklärung zum Schutze der einheimischen Industrie zur Sprache. Man sieht in den nicht ausgesprochenen schützöllnerischen Kreisen Englands auf dem Standpunkt, daß der Kabinettsbeschuß, nach dem die Regierung und nicht das Parlament zu bestimmen haben soll, welche Heimindustrien durch besondere Gesetze geschützt werden müssen, einer Schutz-zollwirtschaft Tür und Tor öffne. Die geplanten Schutzmaßnahmen dürften vielleicht hier und da auch mit dem deutsch-englischen Handelsvertrag kollidieren.

Nordamerika.

× Ein Vorstoß gegen das Pariser Finanzabkommen. Im amerikanischen Senat griff Senator Johnson in schärfster Weise das Pariser Finanzabkommen an. Er bezeichnete es als einen Vertrag gegenüber den amerikanischen Interessen, da die amerikanische Regierung durch eine Hintertür die europäische Politik fortsetze, die das amerikanische Volk bei den Präsidentenwahlen als erledigt betrachtet habe. Er streitet jedem amtlichen Vertreter Amerikas, auch dem Präsidenten das Recht ab, Amerika in Europas Angelegenheiten zu verwickeln.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der auswärtige Ausschuß des Reichstags ist für Freitag einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht das Handelsabkommen mit Siam.

Berlin. Im Aufwertungsaußschuß des Reichstages wurde der Aufwertungsantrag der Deutschnationalen abgelehnt, da nur Demokraten und Sozialisten für ihn stimmten.

Newyork. Der Senat hat die abgeänderte Resolution über die Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz angenommen, so daß diese Resolution nunmehr dem Präsidenten zur Unterchrift vorgelegt werden kann.

Newyork. Hiesige Blätter melden, daß der bisherige deutsche Botschafter Wiedersheim am 5. Februar nach Deutschland abgereist sei.

Deutscher Reichstag.

(15. Sitzung.)

OB. Berlin, 5. Februar.

Vor Schluß der letzten Sitzung äußerte sich Reichsarbeitsminister Brauns noch über Arbeiterinteressen. Der Neubau der Sozialversicherung sei in der Kabanlage so gut wie fertiggestellt. Die Friedensleistungen würden bald erreicht und überschritten werden. Die Verlängerung der Arbeitszeit sei nur ein Wehelf für die Zeit der Not gewesen. Das Waffentruer Abkommen beabsichtigt Deutschland zu ratifizieren. Nach Bemerkungen einiger Parteiredner wurde die allgemeine De-batte über das Arbeitsministerium geschlossen.

Vaterl. Frauenverein
Halber
Stb. Bezirk.

Dienstag, 10. Febr.
nachm. 3 Uhr
Versammlung
im Vereinslokal.
Tagesordnung wird in
der Versammlung bekannt
gegeben.
Nach der Versammlung
gemütliches
Zusammensein.
Um recht zahlreiche
Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Thomasmehl
Kainit
Kali 42%
hat abzugeben
Otto Ohler,
Dhl-Rönsahl.

Ab heute befindet sich mein Geschäft **Hagen,**
Elberfelderstraße 21, I. Etage
Ecke Kampstraße.

Teilzahlung! **Siegfried** **Teilzahlung!**
Gärtner
Vorm. H. Seidemann, bish. Altenhagenerbrücke 3
Konfektion **Webwaren**

Die Verlobung unserer Tochter **Eli-**
sabeth mit Herrn **Ernst Herberg** zeigen
wir hierdurch an

Carl Friedr. Bals u. Frau
Marie geb. Gerke
Oberrahmede i. W., 7. Febr. 1925.

Lisbeth Bals
Ernst Herberg
Verlobte.
Oberrahmede i. W., **Carthausen**
z. Zt. Oberrahmede
7. Februar 1925.

Gerade für
Wollwäsche-
Persil

Jumper, Westen, Strickkleider, all die
modernen Sachen in ihren mannigfaltigen
Arten und Farben, lassen sich
hervorragend mit Persil waschen; sie
werden prachtvoll im Aussehen und
behalten die Form. — Man wäscht
Wollsachen natürlich immer handwarm.

Bekanntmachung.

Die Haushaltsplan-Entwürfe des Amtes
wie der Gemeinde Kierspe und Rönsahl für 1925
liegen 2 Wochen zur Einsicht der Beteiligten im
Amtshaus Zimmer 4 offen.

Kierspe, den 5. Februar 1925.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Das Wassergeld ist auf 30 Pfg. je cbm
allgemein und 20 Pfg. je cbm für gewerbliche
Betriebe festgesetzt worden, mindestens sind aber
vierteljährlich 5 Mk. zu entrichten.

Kierspe, den 5. Februar 1925.

Der Amtmann.

Berufsberatung Kierspe.

Die Handwerker und Firmen des Amtsbezirks
Kierspe, die zu Ostern d. J. einen oder einige
schulentlassene Knaben einzustellen gedenken, werden
gebeten, dies auf Zimmer 2 (Berufsamt) des
Amtes Kierspe innerhalb von 14 Tagen anzugeben.

Kierspe, den 2. Februar 1925.

Der Amtmann.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halber. Amtswache Pastor
Dr. Große, Dreffelhaus Sonntag, 8. Febr.
Vorm. 10 Uhr Probepredigt Pastor Schwarze
aus Werne. Besprechung der Repräsentanten
Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst, Freitag
8 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halber. Samstag
7 Febr. 8.30 Uhr Gemeinsame Gebetsstunde.
Sonntag 8. Februar 1 1/2 Uhr Sonntags-
schule 4 Uhr Bibelstunde, Missionar Bröder.
5.30 Uhr Jungfrauenverein, 8 Uhr Jünglings-
verein. Dienstag abds. 8.30 Uhr Gemischter
Chor. Mittwoch 4 Uhr Missionshandarbeits-
stunde; abds. 8.30 Uhr Missionshandarbeits-
stunde Donnerstag abds. 8.30 Uhr Miss.
Rudersdorf. Freitag abds. 8.30 Uhr Männerchor.

Freie evang. Gemeinde Halber. Berliner-
straße 27a. Sonntag, den 8. Febr. mor-
gens 9 1/2 Uhr Erbauungsstunde nachm. 1 1/2
Uhr Sonntagschule. 4 Uhr Bibl. Vortrag
Montag 8 1/2 Uhr Gebetsstunde. Donnerstag
abds. 8 1/2 Uhr Bibelbesprechungsstunde. Samstag,
abds. 8.30 Uhr Jünglingsverein.

Kath. Gemeinde Halber. Sonntag, den 8.
Febr.: 8 Uhr Frühmesse mit Predigt, 10.15
Uhr Hochamt mit Predigt, 2.30 Uhr Andacht.

Evang. Gemeinde Schalksmühle. Son-
ntag den 8. Febr. 10 Uhr Gottesdienst. 11 1/2
Uhr Kindergottesdienst. 4 Uhr Jungmädchen-
verein Montag 8 1/2 Uhr Männerchor Diens-
tag 8 1/2 Uhr Jungmädchenverein Mittwoch
3 Uhr Frauenverein, 8.30 Uhr Bibelstunde.
Miss. Rudersdorf. Donnerstag 8.30 Uhr
Männer- u. Jünglingsverein, Bibelbesprechung
Freitag 8.30 Uhr Posaunenchor, Vorbereitung
für den Kindergottesdienst Samstag 8.30
Uhr Gemischter Chor.

Evang. Gemeinde Brügge. Sonntag, 8. Febr.
10 Uhr Gottesdienst. 11.15 Uhr Kindergottes-
dienst. 5 Uhr Monatsversammlung des Ev.
Vereins Mittwoch 8 Uhr Posaunenchor, 8.30
Uhr Kirchenchor. Donnerstag 4 Uhr Frauenhilfe
Brügge.

Reisekörbe

zu haben bei **Wilh. Bell jr., Halber.**

Zwangsversteigerung.

Am Montag, den 9. Februar 1925,
nachmittags 4 Uhr, werde ich auf Gut **Bremcke**
bei **Kierspe**

1 Kuh, 1 Bullen, 2 Rinder

öffentlich meistbietend gegen bar versteigern.

Sammelpunkt für Käufer an Ort u. Stelle.

Meinerzhagen, den 5. Februar 1925.

Behage,

Obergerichtsvollzieher.

Wohne jetzt
Kronprinzenstr. 14

Telefon Amt Halber Nr. 184

Dr. Wickel, prakt. Tierarzt.

Preisrätsel

knadnewarF

Vorstehende Buchstaben ergeben nach Umstellung
den Namen eines unserer patentierten, unentbehr-
lichen Haushaltsartikel. Senden Sie uns den
richtigen Namen ein, so haben Sie den Artikel
gewonnen. Unter die richtigen Löser verteilen
wir zur Einführung unserer Neuheiten noch nach-
stehende Preise und ist

Jeder Gewinner

1. Preis: 1 Herrenzimmer (Eiche) oder
1 Motorrad
2. Preis: 1 Schreloswaschine oder
1 Wäscheausstattung
3. Preis: 1 Nähmaschine oder
1 Fahrrad

- 4.-10. Preis: 6 Standuhren
- 11.-20. Preis: 20 Marmor Schreibtisch Uhren
- 21.-100. Preis: 70 Spiel-Uhren

sowie eine Anzahl kleine Preise.
Die Beteiligung ist für Jedermann vollständig
kostenlos. Sofern Benachrichtigung über die
Richtigkeit der Lösung gewünscht wird bitten wir
um Einsendung unserer Barauslagen für Porto u.
Drucksachen. Die Lösungen müssen sofort in
geschlossenen richtig frankierten Brief eingekandt
werden.

Fr. Müller Patent-Comp., Braunschweig 535

Bestes Mittel gegen Husten,



Halsentzündung, Verschleimung,
Katarre.
Zeugnisse aus allen
Kreisen beweisen die
einzigartige Wirkung. Von
Millionen Menschen täglich
Gebrauch, schützen vorzüg-
lich vor jeder Erkältung,
deshalb sollten sie dieses
vorzügliche Hustenmittel
stets bei sich führen. Zu
haben in Apotheken, Droge-
rien und wo Plakate sichtbar.

Bestel 30 Pfg. Dose 50 Pfg.

Achten Sie auf die Schutzmarke.

Zu haben bei:

Halversche Med.-Drogerie Carl Menke Halber.

Milchversandscheine

— mit und ohne Namensdruck —
liefert schnell und billigt

die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Wer ein **PIANO** Flügel oder Harmonium
anschaffen will wendet sich direkt an
D. R. P.
Staatsmedaille
Gold Ausstellungspreise.
Roth & Junius
Hagen i. W. Bahnhofstraße 29
(Filiale: Berlin am Zoo).
Lieferung frei Haus
Zahlungserleichterung.
NB. In Sonder-Abt. Original-Grammophone mit Künstlerplatten.

Ringfrei
Auto-Möbeltrans-
porte. 12 Referenzen
Spedition, große Sammlager
für alle Güter. Transporte
aller Art.
Westtrans
(Westdeutsche Transport Gesellschaft)
Hagen i. W. (am Odeon)
Dahlenkampstraße 4
1081 Fernsprecher 3954 und 4528.
Billigste
Preisstellung.



Flügel - Pianos

der Hofpianofabriken
Ibach, Schiedmayer & S.,
Schwechten, Zeltner & Winkel-
mann, Spaethe, etc.

Bequeme Zahlg. Freie Lieferg.

Dr. KOMP & MICHAEL, HAGEN i. W.

Das Haus der Marken-Klaviere
Weststraße 2, Ecke Karlstraße.

Wörisholener-Naturheil-Zentrale Elberfeld.
Bei Schlaflosigkeit
Herz- und Nervenleiden
Sozon-Elexier

— tausendfach bewährt. —
Täglich neue Anerkennungen.

Niederlage:

Halversche Medizinal-Drogerie Carl Menke, Halber.

Kein Husten mehr!



Das alle Hausmittel.

zu haben in der

Drogerie Carl Menke Halber

und in

all. Drogerien u. Apotheken

Schlamm- u. Jauche-Pumpen

haben unter günstigen
Preisen ab Lager abzu-
geben

Gebr. Turck, Halber

Berlinerstr. 20 Telefon 35

Evtl. stellen wir Pumpen

als Probe z. Verfügung

Pianos Flügel

erster Hof-
pianofabriken
auch auf Teilzahlung

Pianofabrik Schäfer

Hagen, Neumarkt

Stimmungen. Reparaturen.

Blütenkarten

liefert schnellstens

Druckerei Wilh. Bell jr.

Allg. Ortskrankenkasse
der Gemeinde Halber.

Die Beiträge zur
Erwerbslosenfürsorge
betragen ab 1. Febr.
10% der Kranken-
kassenbeiträge.

Geflügel-
zuchtverein
Halber.

Sonntag, d. 8. Febr.
nachm. 5 Uhr

General- Versammlung

Tagesordnung wird in
der Versammlung bekannt
gegeben.

Der Vorstand.

Nachbarschaft Kierspe.

Sonntag, d. 8. Febr.
nachm. 5 Uhr
im Berliner Hof

General- Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungsablage.
3. Auflösung der Nach-
barschaft

Da sehr wichtige Fra-
gen zu erledigen sind,
wird um rege Beteili-
gung seitens der Mit-
glieder gebeten.

Der Vorsitzende:

Schaefer.

Für Lager und Fabrik
suchen wir sofort oder zu
Ostern

jungbl. Arbeiter
gegen höchste Löhne.

Th. Euneper Söhne
Halber.

Baustellen

in schöner Lage und jeder
Größe an ausgebauter
Straße zwischen

Kierspe-Bhf. u. Dorf
billig bei günstig. Zahlung
zu verkaufen.

Bausteinfabrik

G. m. b. H.

Kierspe.

Jagdhund

grau getigert mit weißem
Streifen über der Nase
zugelaufen.

Abzuholen gegen Er-
stattung von Futter- u.
Inserationskosten bei

Ww. Hedfeld,

M.-Henkelbach b. Rönsahl

Habe ein in 14 Tag.
merkwerdendes

Rind

zu verkaufen.

Carl Eider,

Halber.

Empfehle:

Alpenheu i. Breßballen
Saferfütterstroh
Roggenstroh
Weizenstroh
Pferdebüchse
Gelbe Futtermöhren
Pferde-Melasse
Lorß-Streu
Lorß-Müll

C. Zimmermann,
Dhl-Rönsahl.